

L-01-366 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

Antragsteller*in: Georg Kössler und Catherina Pieroth

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 366 bis 370:

~~Auch dass der Konsum von Drogen mit polizeilichen Mitteln geahndet wird halten wir nicht für zielführend. Die Strafverfolgung hat im Bereich der Drogenpolitik für uns nichts zu suchen. Wir setzen dagegen auf Aufklärung, auf Hilfe für Menschen mit problematischen Konsummustern und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind.~~

Im Mittelpunkt der Drogenpolitik muss die Selbstbestimmung und Freiheit von erwachsenen Konsumierenden stehen. Jegliche Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden lehnen wir strikt ab. Klar ist aber auch: Jugendschutz ist nicht verhandelbar. Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Stigmatisierung ist keine passenden Antworten für Menschen, deren Konsumverhalten nicht mehr selbstbestimmt ist. Wer an einer Abhängigkeitserkrankung leidet, braucht Unterstützung, keine Handschellen. Wir Grüne setzen auf Aufklärung und Transparenz und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind. Praktische Antworten auf unsere Forderungen sind: das Modellprojekt für kontrollierte Cannabisabgabe, der Drug-Checking-Pilot, ein Naloxon-Projekt und unsere Forderung für ein landeseigenes Unternehmen zum Anbau von medizinischem Cannabis.

Begründung

Der bisherige Absatz macht nicht klar, dass die Mündigkeit und Freiheit - bei Jugendschutz und strengen Auflagen - für uns im Mittelpunkt steht. Zudem sollten die von uns auf Landesebene hart erkämpften Erfolge und weitere Forderungen genannt werden.